

Die Autonomie

Abonnementspreis pro Quartal:

Für England	10d.
„ Deutschland	80 Pf.
„ Oesterreich	50 Kr.
„ Frankreich, Belgien und die Schweiz	1 Fr.

Anarchistisch-communistisches Organ.

Erscheint alle 14 Tage.

Abonnements und Briefe

sind in Ermanglung von Vertrauensadressen zu richten an:

R. GUNDERSEN,
96, WARDOUR STREET, SOHO, LONDON, W.

No. 105. V. Jahrg.

London, den 11. Oktober 1890.

Preis per No. 1d.

Ueber Arbeiterverhältnisse in Deutschland.

Wenn die „Behörden“ Erhebungen über die Lebensweise und den Gesundheitszustand unter den Arbeitern veranstalten, so kann man mit Sicherheit annehmen, dass, da sie zu diesem Behufe Leute aus der „besseren Klasse“ anstellen, in die sie ihr „volles Vertrauen“ setzen können, die Resultate in nicht zu schwarzen Farben erscheinen. Vor Kurzem erschien ein auf Anlass des Landraths des Bezirks Zittau von Dr. Karl v. Rechenberg herausgegebenes Buch, welches die Ernährung der Handwerker des betr. Bezirks vom Standpunkte der physiologischen Chemie aus, behandelt. Wie gesagt, ist nicht anzunehmen, dass darin die Verhältnisse der Arbeiter schlimmer geschildert werden, als sie wirklich sind; im Gegentheil passirt es dem die Untersuchung anstellenden v. Rechenberg, dass er sich durch seine Beschönigungsversuche häufig in Widersprüche verwickelt. So sagt er z. B. im Eingang des Buches: „Die Handweberindustrie arbeitet mit den niedrigsten Löhnen. Trotz des ausserordentlich geringen Einkommens pflegen diese Familien einen wohlgeordneten Haushalt und führen ein zufriedenes, in keiner Weise elendes Leben.“ Zwei Seiten weiter heisst es: „Speisereste bleiben nicht; auch die kleinsten werden wieder verwendet.“ „Bei uns wird Alles aufgegessen, wir sind zu arm“, war die Antwort einer Weberfrau auf eine dahin gehende Frage.

Im Folgenden eine kleine Blumenlese von Einzelthatsachen aus v. Rechenberg's Buche: Die Handweberfamilien „schränken ihrer materiellen Lage entsprechend ihren Nahrungsverbrauch auf das äusserste nothwendige Mass ein“; ihre Lage ist als eine „dürftige“ „bekannt“. „Brod, Kartoffeln, Mehl, Butter, Milch und Kaffee erschöpfen die Kost fast vollständig. Der Körperzustand der gesammten Bevölkerung des Zittauer Kreises lässt im Allgemeinen Manches zu wünschen übrig. Mehr oder weniger mangelnde Muskelkraft zeigt sich in der Art des Arbeitens. Speziell der Ernährungszustand der Handweberfamilien ist mit wenigen Ausnahmen sehr schlecht, jedoch nicht derart kümmerlich, dass das Leben direkt darunter leidet (?). Die Handweber werden alt, ist ein Ausruf, den man gleichsam als Merkwürdigkeit bei ihrem karglichen Leben oft zu hören bekommt und oft (?) bestätigt findet. Die Männer sehen blass und meist sehr mager aus, sind schwächlich, zuweilen so sehr, dass sie zu einer mehr Muskelkraft erfordernden Arbeit, z. B. zu Tagelöhnerarbeit auf dem Felde während der Bestell- oder Erntezeit, nicht fähig sind. Die Frauen gleichen im Allgemeinen den Männern. Nach dem Abstillen werden die Kinder in Folge der für sie zweckmässig zusammengesetzten Kost zwar voll und rund, sie sind aber gedunsen und haben meist sog. „Kartoffelbäuche“. Auch die mehr herangewachsenen Kinder sind blass und im Durchschnitt schlecht ernährt. Die freie Zeit, welche die Schule ihnen lässt, müssen sie zu Hause sitzen und spulen oder treiben... Brod, Kartoffeln, Butter und Mehl machen im Durchschnitt der 28 untersuchten Familien (Diese 28 Familien waren, wie v. Rechenberg sagt, als „solid“ und „zuverlässig“ bekannt, standen also jedenfalls über dem Durchschnitt der Lebenshaltung.) zusammen nahezu 90 Prozent, das Brod allein 55 Prozent, der gesammten Energiezufuhr aus... Die Kartoffeln bilden Mittags Tag für Tag das Hauptgericht; sie erscheinen öfters auch Abends und zuweilen auch Morgens... Die Kartoffeln bilden fast das einzige warme Gericht in der Kost... Die meisten Weberfamilien essen weder Fleisch noch Fleischwaaren... Grüne Gemüse werden nur wenig gegessen — zum Einkauf sind sie ihnen zu theuer... Das hauptsächlichste Getränk ist Kaffee, aus Cichorie, gebrannter Gerste oder anderen Kaffeesurrogaten bereitet oder meist aus einem Gemisch von eigentlichem Kaffee und Kaffeesurrogaten. Brantwein wird nicht getrunken, Bier nur ausnahmsweise... Als gewöhnliche tägliche Kost kann gelten: früh Milchkaffee oder Mehlsuppe, Brod mit Butter; Mittags Kartoffeln in der Schale mit Salz und Butter, Milchkaffee, Brod; Nachmittags Milchkaffee, Brod mit Butter; Abends abgerahmte oder Buttermilch oder Vollmilch, Brod mit Butter, — oder Kartoffeln mit Salz, Butter und Brod. (Um übertriebenen Vorstellungen vorzubeugen, sei erwähnt, dass auf dem einzigen ausgefüllten Fragebogen, den v. Rechenberg mittheilt, der wöchentliche Verbrauch einer Ditteldorfer Weberfamilie an Milch auf einen halben Liter

zu 6 Pfennig, derjenige an Butter auf 1 Pfund zu 1,10 M. abgegeben wird) Das Mittagessen eines Faktors, also eines besser situirten Webers, wurde bei einem Besuche aus Kartoffeln, Quark, Brod und Milchkaffee bestehend gefunden.“

Ein anderes Bild:

In einer Abhandlung über die gesundheitlichen Zustände im Kreise Ratibor, veröffentlicht in der „Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medizin“ sagt ein gewisser Dr. Arnstein: „Der Wohlstand der Kreisbevölkerung ist im Allgemeinen als ein ziemlich niedriger anzuschlagen. Besonders trifft dies für die das rechte Oderufer bewohnende Landbevölkerung zu, die bei der geringen Ertragsfähigkeit ihres eigenen Bodens, wie bei dem schweren auf der Landwirthschaft lastenden und demgemäss auch die Lohnhöhe nachtheilig beeinflussenden Drucke nur mit knapper Mühe das zur Befriedigung ihrer äusserst bescheidenen Bedürfnisse Nöthige verdient.“

Ob der Herr Doktor wirklich der Meinung ist, dass ein auf der Landwirthschaft lastender „Druck“ die Löhne unter das Niveau der bescheidensten Bedürfnisse herunterpresst? Ist es der auf der Landwirthschaft lastende „Druck“, möchten wir ihn fragen, oder die Gewinnsucht des ausschweifenden Junkerthums? An diesem macht sich durchaus kein „Druck“ bemerkbar; o nein, die „Herren“ leben herrlich und in Freuden, sie lassen sich keine zu erreichenden Genüsse abgehen, und wenn auch ihre Sklaven, welche ihnen die Mittel dazu beschaffen müssen, als wandelnde Leichen einhergehen.

Haarscharf zeigt sich die Kläglichkeit der Lage in der Gestaltung der Sterblichkeitsziffern bzw. in der Statistik der Geburten. Im Kreise Ratibor kommen auf 1000 Einwohner jährlich zwar 41,7 Geburten, also 2,3 pro Tausend mehr als im Gesamtstaate, der nur 39,5 pro Tausend aufweist. Während aber im Königreich Preussen jährlich 27,2 Sterbefälle auf je Tausend der Gesamtbevölkerung zu verzeichnen sind, überschreitet die Kreisbevölkerung diesen Durchschnitt mit 31,6 um 4,2 pro Tausend. Von allen Sterbefällen betreffen Säuglinge, d. h. Kinder bis zu einem Jahre 32,6 Prozent; es erreichen von den im Jahre lebend geborenen Kindern im Ganzen nur 75,6 Prozent das erste Lebensjahr, während der Durchschnitt für Preussen 79,3 Prozent beträgt. Besonders hoch ist die Säuglingssterblichkeit auf dem Lande. In den Landgemeinden des Gesamtstaates beträgt sie 29,9, im Kreise Ratibor 34,0 Prozent; in den Stadtgemeinden des Kreises macht sie 26,6 Prozent aller Sterbefälle aus. Da in anderen Theilen Preussens, wie z. B. in der Rheinprovinz, der Kleinbauernstand in den Landgemeinden mehr vertreten ist, den man noch gewissermassen als wohlhabend bezeichnen kann, so stellen obige Zahlen das getreue Bild der junkerlichen Ausbeutungswuth dar.

Wie arg muss es in jenen Bezirken ausschauen, wenn Arnstein sagt: „Neben der tiefen Befangenheit in Vorurtheilen bezüglich der Säuglingspflege ist ihr Interesse für die Erhaltung und das Gedeihen ihrer Kinder, besonders, da sie deren meist eine beträchtliche Menge aufzuweisen haben, ein äusserst geringes; ja oft genvg ist ihre Elternliebe so wenig entwickelt, dass sie die Unzuträglichkeiten, die ihnen die Pflege ihrer kranken Kinder auferlegt, als eine drückende Last empfinden, die sie gern mit dem Tode vertauschen.“ Derartige Zustände offenbaren sich als unzweifelhafte Wirkung materieller Zustände, und die blinde Selbstsucht der Feudalherren trägt in erster Reihe die Verantwortlichkeit für diese nicht blos leibliche, sondern auch sittliche Entartung.

Aber nicht blos für das Säuglingsalter, nein auch für das fernere Kindesalter ergibt sich ein gleiches Uebergewicht der Sterblichkeit in den Landgemeinden des Kreises Ratibor. „Der Grund für die verhältnissmässig grössere Sterblichkeit des nicht schulpflichtigen Kindesalters auf dem Lande“, sagt Arnstein, „ist neben der auch seiner körperlichen Pflege zu Theil werdenden Vernachlässigung noch in den Gefahren zu suchen, die ihnen seitens der ansteckenden Fieberkrankheiten bei den engen, überfüllten, unsauberen und schlecht ventilirten Wohnungen, wie bei dem Mangel jeglicher sanitärer Fürsorge und jeglicher Isolirung der Erkrankten in erhöhtem Masse drohen. Für die überwiegende Sterblichkeit des schulpflichtigen Alters auf dem Lande ist neben mangelhafter sanitärer Schulaufsicht im Wesentlichen der geringe Schutz, den die Landbewohner ihren Kindern den Witterungsunbilden gegenüber durch zweckentsprechende Kleidung zu Theil

werden lassen, verantwortlich zu machen. Es ist wahrhaft betäubend zu sehen, in welcher nothdürftigen Bekleidung die hiesigen Dorfschulkinder zur strengen Winterszeit den zuweilen recht weiten Weg zum Schulhause zurücklegen müssen, und nur durch ihre notorische Gewöhnung an die Kälte und die extremen Temperaturkontraste ist es zu erklären, dass ihre Sterblichkeitsziffer nicht noch grösser ausfällt.“

„Der „Einschleppung“ des Flecktyphus gegenüber“, heisst es in der betr. Abhandlung, „sind die Kreisbehörden ziemlich ohnmächtig geblieben.“ Braucht aber der Fleck- oder Hungertyphus „eingeschleppt“ zu werden, wenn alle Quellen, woraus derselbe entspringt, wie: Unterernährung, Ueberfüllung der Wohnungen, Unreinlichkeit — mit einem Wort das Massenelend — vorhanden sind?

Hier sehen wir also, wie Industrielle sowohl, wie Landarbeiter, im Elend verkommen, wie aber auch trotz aller angestellten Untersuchungen und wissenschaftlichen Abhandlungen keine Besserung der Zustände geschaffen wird, auch von der herrschenden Klasse garnicht geschaffen werden kann, weil diese ihre schwelgerische Lebensweise und folglich die dazu erforderlichen Mittel, welche aus dem den Arbeitern ausgepressten „Mehrwert“ bestehen, als ganz selbstverständlich und berechtigt betrachtet, so berechtigt, dass es dem Herrn Dr. Arnstein garnicht einfällt, die schlechten Zustände der Arbeiter möchten von etwas anderem herrühren, als von dem „Druck“, welcher auf der Landwirtschaft lastet. Und angesichts solcher Thatsachen fragen sich noch gewisse in der Arbeiterbewegung stehende Leute: ist man berechtigt, dieses scheussliche System der Ausbeutung mit Gewalt zu stürzen? Ja, man fragt sich noch, ist es recht, Menschenleben zu opfern für die Freiheit und das Wohlergehen der Menschheit, wenn man aus den Verhältnissen dieser zwei angeführten Bezirke und aus noch verschiedenen anderen Umständen schliessend, leicht berechnen kann, dass ein eventueller blutiger Kampf in beiden feindlich einander gegenüberstehenden Lagern nicht den zehnten Theil der Opfer kosten würde, welche wir täglich in den Reihen der Arbeiterklasse unter dem Druck der bestehenden ungerechten Zustände fallen sehen? Solche Sentimentalität kann nur dazu beitragen, die Menschheit ihrem sicheren Ruin entgegenzuführen; an einen Punkt, wo es ihr nicht mehr möglich sein wird, das sie bedrückende Joch abzuwerfen. Es ist nämlich Thatsache, dass die Menschen desto mehr sich in das Elend fügen oder sich daran gewöhnen, je mehr sie allmählig in demselben versinken. Hätte der Prozess in unserem sozialen Leben, welcher sich nun schon seit hundert Jahren langsam fortschreitend vollzieht, in einem Jahre vollzogen, so hätte sicherlich vor neunundneunzig Jahren schon eine gewaltsame Umwälzung stattgefunden. Aber es ging und geht Alles so vor sich, ohne dass man es erheblich merkt. Man hat sich allmählig daran gewöhnt, schlechtere Kleider zu tragen wie vor Jahren, schlechtere Nahrungsmittel zu sich zu nehmen, ja, an's Hungern hat sich schon so Mancher gewöhnt, und viele Leute finden das alles ganz am Platze, bloss weil es nicht unversehens über uns hereingebrochen. Es kam allmählig, trotz aller Streiks und Lohnaufbesserungen; und so werden auch in Zukunft alle Reformen diesen Degenerationsprozess nicht gänzlich aufhalten können. Sie sind nur das Mittel, um denselben weniger merklich zu machen, weil sie ihn verlangsamen. Darum: wenn man sieht, dass heute noch das Volk revolutionärer Akte fähig ist, so ist es ein Verrath an der gerechten Sache, wenn man es von solchen Akten abhält und ihm von Reformen, trotz deren es immer tiefer in's Elend sinkt, sein Glück verheisst, wie das die parlamentarischen Sozialisten Deutschlands angesichts der schauerlichen Zustände, wie oben geschildert, fortwährend thun.

Der Parlamentarismus.

In der Berliner „Volks-Tribüne“ bringt der frühere Redakteur der „Sächs. Arb.-Ztg.“, H. Freistel, einen Artikel „Zur Taktik der Sozialdemokratie“, in welchem er den Parlamentarismus folgendermassen schildert:

„Das Parlament ist eine Institution des modernen Staates, der seinerseits nichts anderes bedeutet, als eine Organisation der herrschenden Klassen zur Niederhaltung der arbeitenden Bevölkerung. Voraussetzung der parlamentarischen Institution ist eine ganz bestimmte Stufe der ökonomischen Entwicklung, die eine entsprechende Umwälzung der Gesellschaftsverhältnisse hervorgerufen und die Klassengegensätze modifiziert hat. Der Parlamentarismus wird bedingt durch die moderne kapitalistische Produktionsweise und die Spaltung der Gesellschaft in die Klasse der Bourgeoisie und der Lohnarbeiter. Somit ist das Parlament die spezifische Form, unter welcher die Bourgeoisie an den Regierungsgeschäften Theil nimmt und ihre Interessen gegenüber anderen Gesellschaftsklassen vertritt, insbesondere die Ausnutzung der Arbeitskraft des Proletariats gesetzlich sanktioniert.“

In dem Masse, wie die Sozialverhältnisse durch die ökonomische Entwicklung revolutionirt werden, wird auch die Zusammensetzung des Parlaments eine Veränderung erfahren; je mehr alle

Bevölkerungsklassen darin ihre Vertretung finden, desto verwickelter wird der sich dort abspielende Interessenkampf. Immer aber behalten die herrschenden Klassen das Uebergewicht und sie werden auch kein Haar breit von ihrer Herrschaft abtreten. Wir werden nie im modernen Parlament, nie im deutschen Reichstage eine Majorität haben, zur Umwandlung der heutigen Gesellschaft in eine sozialistische. Denn das heisst voraussetzen, dass die Produktionsweise unsere gegenwärtige Gesellschaft bereits derartig zersetzt und proletarisirt hätte, dass die Bourgeoisie überhaupt unfähig wäre, eine Majorität zu bilden. Wenn wir aber soweit sind, dann haben wir auch keinen Staat und Reichstag mehr nöthig; dann wendet man sich nicht erst an diese überwundene Institution der alten Gesellschaft, sondern man nimmt die Neuordnung der Dinge ganz anders vor.

Lassen sich unsere Ziele also mit der Hilfe des Reichstags nicht erreichen, so fragt es sich doch, ob mit diesem Regierungsapparat der kapitalistischen Gesellschaft nicht schon heute für die Arbeiterklasse etwas zu erzielen ist und ob dies nicht auf anderem Wege besser ermöglicht werden kann. Wir geben uns auch in dieser Beziehung keinen Illusionen hin und glauben nicht, dass durch den Parlamentarismus für die Arbeiterklasse etwas Nennenswerthes, ihre Lage durchgreifend Besseres zu erreichen ist; denn, wenn der Reichstag das Mittel ist, durch welches die besitzenden Klassen ihre Herrschaft über das Proletariat befestigen, so werden die Vertreter der Arbeiter ihre einigermassen bedeutsamen Forderungen niemals durchsetzen; die herrschenden Klassen werden sich im Reichstage beispielsweise nicht zur Annahme einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung überreden lassen, solange dies nicht ihr eigenstes Interesse erheischt. Wenn die Kapitalisten den Arbeiterschutzgesetzvorschlägen zustimmen, so geschieht dies oft nur, weil der Kleinbetrieb durch die Aufwendungen, welche für ihn der Arbeiterschutz verursacht, übermässig belastet und in der Folge ruiniert wird. Ausserdem liegt es noch in vielen anderen Beziehungen im Interesse der Unternehmer, Arbeiterschutzbestimmungen einzuführen. Deshalb wird die Bourgeoisie auch schliesslich von selbst diesbezügliche Vorschläge machen; und wenn sie dazu den nöthigen Scharfblick nicht besitzen sollte, wird sie in Folge des Druckes der gährenden Klassen zum Arbeiterschutz gedrängt werden. Eine „Sozialreform“ ist also auch ohne Theilnahme der Arbeiter am Parlamentarismus zu erwarten.

Was demnach die Sozialdemokratie in sozialpolitischer Beziehung für das Proletariat erzielen kann, wird immer genau soviel sein, wie den herrschenden Klassen recht ist; und recht ist diesen nur, was ihnen keine Opfer auferlegt, aber möglichst hohen Nutzen bringt. Man kann sich daher vorstellen, wieviel dabei für die Arbeiterklasse herauspringen wird. In der Hauptsache wird an der Lage der Lohnarbeiterklasse selbst durch den besten Arbeiterschutz nichts geändert. Die Kleinigkeiten, welche mit vieler Mühe und nach grossen Kämpfen errungen werden, entsprechen nicht im Geringsten dem Lärm, der dabei gemacht wird.

Wenn auch der Reichstag wirklich „arbeiterfreundliche“ Gesetze beschliessen wird, so bedeutet dies doch für die Praxis gar nichts; denn es ist immer noch der Bundesrath vorhanden, der die Beschlüsse einfach in den Papierkorb werfen kann. Ferner taugt das beste Gesetz solange nichts, wie die Ausführung in den Händen der herrschenden Klassen ruht und das wird stets der Fall sein, solange die herrschende Klasse eben die herrschende ist!“

Wir haben ungefähr dasselbe in anderen Worten schon des öfteren gesagt, sind also damit soweit einverstanden, nur wollen wir, auf den letzten Satz bezugnehmend, bemerken, dass in demselben quasi zugegeben wird, dass Gesetze überhaupt nichts taugen; denn ob die Ausführung derselben in den Händen einer herrschenden Klasse liegt oder einer herrschenden Majorität, macht verdammt wenig Unterschied; die eine, wie die andere, wird die Gesetze so zur Ausführung bringen, wie es ihr in den Kram passt. Gesetze haben überhaupt nur dann Zweck, wenn die Interessen der Gesellschaftsmitglieder verschieden. Der eine Theil der letzteren wird sich dann seine Interessen gegen den oder die andern Theile zu schützen suchen. Auf solche Weise entstehen Gesetze. Sie sind darum ein Unsinn in einer Gesellschaft mit gleichen Interessen.

Der Verfasser bleibt jedoch bei dem oben Gesagten nicht stehen, sondern kommt inkonsequenterweise schliesslich zu der Ansicht, dass es doch rathsam sei, soz.-dem. Abgeordnete zu wählen. Was aber dann „die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage thun kann, ist nur, darüber zu wachen, dass die wenigen Rechte des Volkes nicht noch mehr verkümmert und dass alle reaktionären Bestrebungen gegen die Arbeiter aufgehalten werden“.

Soll denn aber das Volk nicht selbst besser im Stande sein, über seine Rechte zu wachen, wie diese paar Strohdrescher im Reichstag? Die englische Arbeiterschaft hatte lange keine Vertretung im Parlament und die, welche sie jetzt besitzt, ist natürlich nicht der Rede werth, und doch haben in keinem andern Lande die Arbeiter soviel auf die Gesetzgebung eingewirkt, als gerade hier. Auch betreffs der Agitation — denn als Agitationsmittel wird ja der Wahlschwindel auch von der Opposition noch angesehen — kann uns England als Beispiel dienen. Der Sozialismus wurde hier während den Wahlen noch wenig oder garnicht propa-

girt und doch hat derselbe von seinem Entstehen an bis heute, im Verhältniss zu anderen Ländern, die grössten Fortschritte gemacht, und er würde noch in grösserem Massstabe fortschreiten, wenn die Regierung daranginge, die politischen Freiheiten ein wenig zu beschränken. Je mehr die Regierung durch tyrannisches Vorgehen aufreizt, desto schneller greift der Sozialismus um sich; man hat deshalb auf Seiten der Arbeiter nicht nöthig, Leute anzustellen, die die Regierung von ihrer Tyrannei abhalten sollen. Wozu also überhaupt, selbst für Nicht-Anarchisten, noch diesen Humbug?

Pfaffen und die soziale Frage.

Auf einem jüngst hier abgehaltenen Kirchen-Kongress wurde auch die Arbeiterfrage aufs Tapet gebracht. Die „Seelsorger“ beschlossen, ihrem eingebildeten Herrn und Meister folgend, welcher auf die Bitte, den Streit zweier Personen zu schlichten, geantwortet haben soll: „Wer hat mich zum Richter über Euch gesetzt?“ sich den Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit gegenüber neutral zu verhalten. Nun, hoffentlich werden die Arbeiter auch ohne die Pfaffen fertig mit dem Kapitel, am Ende aber auch mit diesen selbst.

* * *

Zur sozialen Frage muss auch die Volksbildung gerechnet werden. Nun fand unlängst in unserm „theuren Vaterlande“ in Mühlheim an der Ruhr eine Generalversammlung des Vereins für christliche Volksbildung statt, wo ein pastoralisches Vieh, Namens Arndt, sich folgendermassen aussprach:

„Meine Herren! Wir treiben Volksbildung, und nach meiner Ansicht gehört die Prügelstrafe auch zur Volksbildung, und glauben Sie mir, sie ist entschieden ein praktisches Erziehungsmittel... denn wenn das geschriebene und gedruckte Wort nicht hilft, dann muss der Stock helfen... Man hat hier ordentlich das Bewusstsein, „gehauen muss werden“; es juckt einem ordentlich in den Gliedern, wenn man das rohe Treiben junger Menschen sieht, und die Faust möchte man auf diese Sorte niederfallen lassen. Es geht absolut nicht mehr anders!“

Ein Anderer, Steiniger bei Namen, ergriff nach seinem Kollegen Arndt das Wort und erklärte sich mit der Ausführung seines Vorredners einverstanden; er schloss seine Rede mit den Worten: „Sehr richtig! Gehauen muss werden.“

Eine dritte Bestie liess sich also hören: „Es ist ein grosser Fehler, dass man von dem „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ abgewichen ist. Jede Strafe muss in exekutiver Beziehung in einem Konnex stehen mit dem zu sühnenden Verbrechen, es muss gewissermassen ein philosophischer Zusammenhang bestehen, und da giebt es viele Verbrechen, bei denen das Rechtsgefühl des Volkes sich unabweislich so ausspricht: „Der Kerl muss Prügel haben!“ Ich möchte wünschen, dass die Versammlung einstimmig dem Antrag beitreten und nicht „humane“ Gedanken vorwalten lassen möchte.“

Ein Vierter, Namens Hahn, aus der Schweiz (?) klatschte Beifall und sprach die Ueberzeugung aus, dass „christliche Volksbildung nur durch den Ochsenziemer erreicht werden kann.“ „Tortur soll uns nicht abschrecken, und Selbsthilfe thut uns Noth, und wozu haben wir denn die berechnete Lynchjustiz?“ fügte Arndt hinzu.

Und was sagen wir dazu? Nun, weichen wir nicht ab von dem Grundsatz: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ und sagen wir auch — „g e h a u e n“ m u s s w e r d e n! Solchen Bestien gegenüber darf kein Humanitätsgefühl obwalten.

Moderne Tortur.

Welch' grässliche Vorgänge sich innerhalb der Gefängnismauern auch der „fortgeschrittensten“ und „zivilisirtesten“ Länder abspielen, beweist wieder einmal folgende Nachricht amerikanischer Blätter: Schreckliche Grausamkeiten an den Sträflingen im Colorado Staatsgefängnis in Canon, welche die sibirischen noch übertreffen, sind soeben an's Tageslicht gekommen. Ein Sträfling schmuggelte vor einigen Tagen einen Brief durch einen Besucher heraus und eine Privatuntersuchung hat alle in demselben angeführten Klagen in vollem Umfange bestätigt gefunden. Bei dem geringsten Vergehen werden die Sträflinge mit dem sogenannten Ertrinkungsprozess bestraft. Derselbe besteht darin, dass der Sträfling an einen Pfosten geschnallt wird, dann wird ihm auf sechs Zoll Entfernung das Mundstück eines Spritzenschlauchs vor das Gesicht gehalten und aus demselben ein Wasserstrahl unter 50 Pfund Druck auf dasselbe geleitet. Der Wasserstrahl benimmt dem Unglücklichen den Athem, und bei jedem Versuch, den Mund zu öffnen, wird ihm Wasser durch die Kehle und in den Kopf gespritzt, so dass letzterer oft zur doppelten Grösse anschwillt. Die Tortur wird solange fortgesetzt, bis das Opfer besinnungslos geworden, und dann ruft man den Gefängnisarzt. Eine andere Tortur besteht darin, dass man den Sträfling auf eine Bank schnallt, den Kopf zwischen zwei Bretter einklemmt und aus einem über

dem Gesicht hängenden Eimer Wasser tropfenweise von 5 zu 5 Sekunden auf die Stirn fallen lässt. Das Opfer wird gewöhnlich 1 Stunde dieser Tortur ausgesetzt. Am Ende ist der Sträfling entweder wahnsinnig oder sein Verstand ist dauernd geschwächt. Ein weiteres Torturmittel besteht aus Handschellen und einem Tau. Der Sträfling wird nach dem Lagerhause gebracht, gefesselt und an dem Tau festgebunden, worauf man ihn, nachdem man das Tau viele Male umgedreht hat, von einer Plattform stösst. Er wird dann durch das Tau mit etwa 100 Umdrehungen in der Minute herumgedreht. Auch endigt erst Besinnungslosigkeit die Tortur. Im Hospital liegen 60 Fieberkranke am Genuss verfaulten Fleisches, welches man den Sträflingen zum Essen vorgesetzt, darnieder. Man spricht von einer abzuhaltenden Untersuchung, welche noch grauenhaftere Dinge zum Vorschein bringen soll.

Statistik des Sozialistengesetzes.

Von der Massregel der Ausweisung auf Grund des Sozialistengesetzes wurden betroffen 892 Personen, wovon 504 Verheirathete, 221 Ledige und 167 unbekanntem Familienstandes waren. Bei den Verheiratheten wurden ausser den Frauen von den harten Folgen der Ausweisung noch 973 Kinder in Mitleidenschaft gezogen. Die zum zehnjährigen Bestande des Gesetzes in London herausgegebene Denkschrift bemerkt zu diesen Angaben: „Wie viel Elend, Thränen und Groll diese trockenen Zahlen bergen, das werden sich die Leser selbst vergegenwärtigen.“

Die auf Grund des Sozialistengesetzes angeordnete Untersuchungshaft und die gefällten Straftheile werden in der Denkschrift mit 119 Jahren 5 Monaten und 13 Tagen resp. 611 Jahren 6 Monaten und 23 Tagen, zusammen also 831 Jahre und 6 Tage Gefängnis angeführt, „wobei man kaum zu weit geht, wenn man sie auf 1000 Jahre Gefängnis abrundet.“

Wie die Polizei unter den Arbeiterorganisationen aufräumte, zeigen uns die folgenden Zahlen. Es wurden aufgelöst 17 zentralisirte, über ganz Deutschland verbreitete Gewerkschaften, 78 Fachvereine, 3 zentralisirte Unterstützungs-(Kranken-)Vereine und ditto 3 lokale, 106 politische und 108 Vergnügungsvereine, zusammen 332.

Druckschriften wurden verboten an periodisch erscheinenden 36 inländische und 41 ausländische; dieses Verbot beschränkte sich indess nur auf eine Nummer. Vom Verbot des ferneren Erscheinens wurden 104 inländische und 51 ausländische betroffen. Nicht-periodische Druckschriften fielen dem Ausnahmegesetz 1076 zum Opfer. Insgesamt verboten 1299 Druckschriften.

Nach all diesen Gewaltakten ist es nur zu verwundern, dass die radikale Richtung in der deutschen Sozialdemokratie noch in der Minorität ist. Vielleicht ist es aber auch blosses „Dankgefühl“, welches die Massen noch in dem Schlepptau der „alten“ Führer gefangen hält.

Kapital v. Arbeit.

Amerikanische Blätter schreiben: „Einige der reichsten Korporationen im Lande haben ein Bündniss gegen Streiks geschlossen. Zu denjenigen Korporationen, welche dem Bündnisse beigetreten sind, gehören das Westinghouse System, die Yole Lyck Co., die Colt Arms Co. und vier bis fünf andere grosse Fabriken in Connecticut und vermuthlich auch die Pullman'sche Fabrik. Die Vereinbarung lautet dahin, dass im Falle eines Streiks, welcher begonnen wird, um unbillige Forderungen durchzusetzen, der Betrieb in allen zu dem Verbands gehörenden Fabriken eingestellt werden soll, ob der Streik gegen eine oder alle Fabriken gerichtet ist. Es soll den Streikern überlassen bleiben, so lange müssig zu gehen, bis es ihnen passend erscheint, die Arbeit wieder aufzunehmen. Keine Fabrik soll einen Arbeiter beschäftigen, der eine andere Fabrik in Folge eines Streiks verlassen hat. Die erwähnten Fabriken beschäftigen 50,000 bis 60,000 Leute, welche 250,000 bis 300,000 Menschen zu ernähren haben. Die Fabrikanten behaupten, das Verfahren ihrer Arbeiter habe sie genöthigt, dieses Bündniss zu schliessen.“

Schon seit Jahren musste sich allen Arbeitern die Ueberzeugung aufgedrängt haben, dass es ihrerseits nöthig ist, dem Parasitengezücht gegenüber ein festes Bündniss zu schliessen, und noch immer ist es nicht geschlossen. Hoffentlich findet das oben erwähnte Beispiel bei den Kapitalisten allgemein Nachahmung, was unbedingt endlich auch das Bündniss der Arbeiter herbeiführen muss und dann wird man ja sehen, welches das stärkste ist.

Zu herabgesetzten Preisen

werden in der Berl. „Volks-Tribüne“ die Büsten von Liebknecht und Bebel empfohlen. (Wozu überhaupt dieser Personenkultus?) Spottbillig, wie die Originale. Es wird Niemanden mehr wundern, wenn man bald die letzteren wie Stücke alten Eisens mit dem Stiefelabsatz auf die Seite stösst, nachdem man hört, dass Bebel in seiner Rede zur Feier des Erlöschens des Sozialistengesetzes u. A. geäussert: „Dass das Gesetz gefallen, ist nur dem höchsten Willen zu verdanken.“ Der Kuppige ist also doch ein guter Kerl, dem man auch Gegendienste schuldig ist; darum nur immer tüchtig abgewiegt und die Arbeiter ermahnt, den gesetzlichen Weg nicht zu übertreten, und bald winkt euch der Ministerposten.

Soldaten-Schinderei.

Aus Bayern, 21. August. Einer lebendigen Schilderung des unheilvollen Marsches des 9. Inf.-Reg. von Würzburg nach Marktbreit, die wir im „Würzb. Journ.“ finden, entnehmen wir Folgendes:

Morgens 4 Uhr wurde angetreten und zum Rendezvousplatz, Sanderwasen, marschirt. Dort mussten die Soldaten warten bis nahezu 7 Uhr — warum, das weiss kein Mensch. Dieses müssige Herumstehen hat die bepockte Mannschaft viel mehr ermüdet, als der Schnellmarsch nach Eibelstadt, welcher in der kurzen Zeit von 1½ Stunden erledigt wurde. Schon dieser Parforcemarsch in der schon stark aufbrennenden Sonne, inmitten des dichten Gewühls von Menschen in einer Wolke von Staub und allerhand undefinirbaren Gerüchen gab der Mannschaft einen Vorgeschmack, was ihrer harre. Man glaubte allgemein, dass es — wie es Vorschrift ist — durch vorausgeschickte Mannschaft ermöglicht worden wäre, in Eibelstadt einen Trunk Wasser im Vorübergehen zu erhalten. Aber es war nichts davon zu sehen. Im strammen Tritt ging es durch das Städtchen und wieder hinaus in die durchglühte, stauberfüllte Landstrasse. „Nur noch aushalten bis Ochsenfurt, dort wird ganz sicher gerastet bis zu den kühleren Nachmittags- oder Abendstunden“ — und man nahm sich zusammen und marschirte denn drauf los, obwohl sich jetzt schon eine Menge Leute recht übel befanden, die Ermattung zunahm und da und dort einer austrat, der es gar nicht mehr aushalten konnte. Endlich, endlich — die Strasse schien sich in's Ungemessene ausgedehnt zu haben — kam man an das heissersehnte Ochsenfurt und dort standen denn auch endlich, durch ein vorausgeschicktes Detachement requirirt, Wasserbehälter bereit, um die vor Hitze fast vergehende Mannschaft zu laben. Durch diese vorher eingetroffenen Soldaten hatte vermuthlich aber auch die Bevölkerung von Ochsenfurt Kunde von dem desolaten Zustande, in welchem sich das Regiment befand, erhalten, und vor allen Thüren standen die gastfreundlichen Bewohner Ochsenfurts, um die über und über mit Schweiß und Staub bedeckte Mannschaft zu erquicken mit dem Besten, was der Keller bot. Man kann sich denken, mit welcher freudigen Hast die fast verschmachtenden Soldaten sich hier erfrischten. Das Aergste wäunte man überstanden und erwartete mit Sicherheit eine mehrstündige Ruhepause. Vergebene Hoffnung — ohne längeren Halt ging es weiter, zur grossen Entrüstung der Ochsenfurter, die es der Mannschaft ansahen, dass sie bereits jetzt schon zu Tode erschöpft sei. Und immer glühender schossen die Strahlen der nun bereits senkrecht über der Landschaft stehenden Sonne hernieder. Und nun begann diese Unglücksstrasse von Ochsenfurt nach Marktbreit von Schritt zu Schritt einem Schlachtfelde ähnlicher zu sehen. „Wie ein Blödsinniger wankte ich weiter“ — so erzählte einer der noch mit heiler Haut in Marktbreit angekommenen Soldaten — „ich sah nichts mehr, was links und rechts um mich passirte, immer wüster wurde es mir im Kopfe, die Zunge klebte am Gaumen, der Athem röchelte und noch jetzt weiss ich nicht, wie ich nach Marktbreit kam.“ Aufgelöst war alle Ordnung: der Oberst schickte seinen Adjutanten zurück und liess der Mannschaft sagen, wem es schlecht sei, der solle nur unangemeldet austreten. Das hätten sie auch ohnedem gethan! Den am Rande des Wahnsinns Stehenden war es nicht mehr um's Melden. Rechts und links stürzten die Leute kirschbraun im Gesichte und Schaum vor dem Munde zusammen, während andere wie schwer Betrunkene aus den in der Auflösung begriffenen Reihen wankten und sich mit voller Armatur in die Strassengräben und Felder warfen. — Von Frickenhausen, dem am anderen Ufer des Mains gelegenen Oertchen, sahen die Ortsbewohner dieses Schlachtfeld. Ohne Säumen setzte eine grosse Anzahl derselben in Kähnen über und brachten mit, was sie in der Eile an Erfrischungsmitteln erwischen konnten. Wirkliche barmherzige Samariter, die in edler Aufopferung den Opfern einer sinnlosen Disziplin und unbegreiflichen Gamaschenknöpferei beisprangen. Manches Menschenleben haben sie durch ihre Hilfe gerettet, so mancher brave Soldat, der dort zusammenbrach und elend verschieden wäre, hat es nur der Barmherzigkeit der Frickenhäuser zu danken, dass er lebendig wieder in die Arme der Seinigen zurückkehren kann. So wankte die in eine Staubwolke gehüllte Kolonne vorwärts und endlich durch die Thore Marktbreits. Dort war auch schon die Kunde von dem Zustande der warteten militärischen Gäste bekannt. In dichten Schaaeren strömten die Bürger und Einwohner dieser Stadt dem Regiment schon weit entgegen, Erfrschungen und Labung bringend und die Ermatteten führend und stützend. Welch ein Anblick! Nahezu 400 Mann hatte das Regiment auf dem Marsch von Ochsenfurt nach Marktbreit verloren, darunter 2 Tödtle und etwa 15 Schwerkranke!

Wäre es nicht ein grösserer Samariterdienst, wie ihn die Frickenhäuser ausübten, wenn man dem ganzen Militärsystem ein Ende machte?

Die deutsche Sozialdemokratie

gleicht gegenwärtig einem Kinde mit neuem Kleid, das, vor freudigem Hüpfen und Springen über dasselbe, in den Koth fällt und dann ganz jämmerlich weint. Festlichkeiten über Festlichkeiten werden abgehalten über das Erlöschen des Sozialistengesetzes, während man jetzt schon sieht, wie die herrschende Blutsaugerbande auch ohne dieses Gesetz es an Gewaltmassregeln jeder Art nicht fehlen lässt. So lesen wir gerade in englischen Zeitungen, dass die Karlsruher Polizei zwei Nummern des „Berliner Volksbl.“ konfiszirte, weil in denselben revolutionäre Gedichte abgedruckt waren.

Ferner wird aus Zwickau vom 3. Oktober gemeldet: Eine Arbeiterversammlung, in welcher gestern der soz.-dem. Reichstagsabgeordnete Stolle sprechen wollte, ist polizeilich verboten worden.

Und aus Spandau wird vom 2. Oktbr. berichtet: Hundert Arbeitern, beschäftigt in den hiesigen königlichen Fabriken, welche gestern die Arbeit ruhen liessen, um der sozialistischen Demonstration in Berlin beizuwohnen, wurde die Arbeit gekündigt.

All diese Chikanen sind zwar der Arbeiterbewegung sehr dienlich, jedoch auch geeignet, dem Enthusiasmus der Leute, welche sich durch das Erlöschen des Sozialistengesetzes übergücklich fühlen, einen Dämpfer aufzusetzen.

Eine neue Skandalgeschichte.

Der „Hausvater“ im Reichswaisenhaus zu Schwabach wurde verhaftet, weil er junge Mädchen an Bordellbesitzer verkauft haben soll. Ebenso wurden in derselben Anstalt zwei Gärtner wegen Unzucht, getrieben mit darin befindlichen Mädchen, zu mehrjähriger Korrekthausstrafe verurtheilt. Dieser Skandal giebt den verschiedenen politischen Parteien in Baiern Anlass, sich gegenseitig ihre Sünden vorzuwerfen. Während die ultramontane Presse über die Konfessionslosigkeit der Liberalen klagt, denen die Verwaltung

des Waisenhauses oblag, erinnert die liberale Presse an den Unfug, welcher in sittlicher Beziehung in den Klöstern getrieben wird. Dieses ganze reaktionäre Gesindel merkt nicht, oder will nicht merken, dass die Ursache dieser und aller anderen Verbrechen in dem von ihnen hochgehaltenen und vielgepriesenen Gesellschaftssystem liegt und dass, wenn es ihnen überhaupt ernstlich daru zu thun wäre, die Gesellschaft auf einen höheren Grad der Sittlichkeit zu führen, sie ihre, den Massen gegenüber privilegierte Stellung aufzugeben haben und für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit eintreten müssen. In einer Gesellschaft, welche diese drei Grundsätze zur Basis hat, kann weder Menschenhandel getrieben werden, noch wird es schwer fallen, junge Wesen, die sich dann frei und nicht als Paupers fühlen, als willenlose Mittel zu viehischem Treiben zu benützen.

Der „gute Ruf“ der Sozialdemokraten

verbreitet sich mehr und mehr. So wird aus Dänemark geschrieben: „Ausser zwei Sozialdemokraten ist für das Landsting (die erste Kammer) auch der Höchstengerichts-Anwalt Octavius Hansen zum Abgeordneten gewählt worden. Man durfte einigermaßen gespannt darauf sein, wie der Letztgenannte sich zu seinen neuen Kollegen zu stellen gesonnen war. Herr Hansen hat bereits die Gelegenheit wahrgenommen, seinen Standpunkt zu präzisiren. In einer Versammlung äusserte er sich u. A. folgendermassen: „Die Rechte behauptet von uns Liberalen, dass wir Gesellschaftsumstürzler seien, da wir mit den Sozialdemokraten zusammengehen. Ich erkläre aber, dass ich keinerlei Bedenken dagegen hege, mit meinen beiden Mitgewählten, den Herren Andersen und Knudsen, zu arbeiten. Sie sind tüchtige und ehrenhafte Männer, und es ist ein Glück, dass die Arbeiter auch im Landsting Vertretung erhalten haben.“ — Ein Glück, ja, für die Liberalen und auch für die „Rechte“, nur nicht für die Arbeiter.

Eine grosse Erregung

zeigte sich vorigen Freitag in Chatham, als 700 Mann Truppen, worunter 500 Marinesoldaten, bei Zuweisung ihrer Ausrüstung, sowie von je 20 scharfen Patronen, den Befehl erhielten, sich marschfertig zu halten, um nach Woolwich zu marschiren. Es hiess, dass dort ein Gasarbeiterstreik drohe, welcher jedoch bis jetzt noch nicht zum Ausbruch gekommen. Die Regierung trifft also gute Vorsorge; sie geht von dem Prinzip aus, welches unlängst ein Magistrat in Schottland einem Vertheidiger gegenüber äusserte, dessen Klienten den Zehnten verweigert hatten; nämlich, dass das Ausrücken von Militär das beste Mittel sei, um Blutvergiessen zu verhindern. Natürlich meinte er Exekutoren-, Polizisten-, Bourgeois-, Aristokraten- und königliches Blut; die Arbeiter, denkt er wahrscheinlich, haben nur weislichen Saft — wie es in der That in manchen Fällen leider den Anschein hat — und der mag ja fliessen. So denkt, wie gesagt, auch die englische Regierung.

Die Genossen in Elizabethport theilen uns mit, dass die in ihrer vom 15. Sept. datirten Korrespondenz in unserer vorigen Nummer angekündigte Zusammenkunft am darauffolgenden Mittwoch stattfand, und der daselbst sich konstituierende Verein auf autonomem Standpunkt gegründet wurde und sich den Namen „Selbstständiger anarchistischer Verein Elizabeth“ beilegte.

Die Sache Seifert's, welcher aus wichtigem Vorwand — wie es der Setzer teufel in unserer letzten Nummer haben wollte, statt nichtigem — verhaftet wurde, ist vor das Schwurgericht verwiesen und wird nächster Tage die Verhandlung daselbst stattfinden.

Briefkasten.

F. Sie befinden sich im Irrthum, wenn Sie meinen, dass als Anarchist schlechthin man nichts sein eigen nennen kann. Die Gütergemeinschaft ist ja doch nur eine spezifische Form des Kommunismus. Als Kommunisten erkennen wir an, dass alle vorhandenen Reichthümer das Produkt der Gesellschaft sind, weil erstens jedem Einzelnen selbst seine Fähigkeiten und Fertigkeiten von der Gesellschaft übertragen wurden und zweitens, weil diese Reichthümer zum grössten Theil die Hinterlassenschaft von uns vorhergegangenen Generationen bilden. Auch der autoritäre oder Staats-Kommunismus beruht auf diesem Prinzip. Als Anarchisten aber anerkennen wir keine Herrschaft, keine Autorität. Betreffs der Gütervertheilung unterscheiden wir uns als anarchistische von den autoritären Kommunisten dadurch, dass diese sagen: „Jedem nach seinen vernunftgemässen Bedürfnissen“; und unser Prinzip einfach lautet: „Jeder nehme sich nach seinen Bedürfnissen“. (Um das „Vernunftgemässe“ festzustellen, muss unbedingt eine Autorität vorhanden sein.) Und die individualistischen Anarchisten unterscheiden sich von uns wieder dadurch, dass sie sagen: „Jedem nach seinen Leistungen“ oder: „Jedem sein voller Arbeitsertrag.“ Natürlich, soweit sich dieses in der freien Konkurrenz, im Handel, welche sie aufrecht erhalten, realisiren lässt. — August. Warum kein Lebenszeichen? — S. in P. Brief erhalten; werden sehen, wie sich die Geschichte am besten machen lässt. — O. R. Brief ging gestern ab.

CLUB „AUTONOMIE“.

6, Windmill Street, Tottenham Court Road, W.

Samstag, d. 11. Oktober: Vortrag über „Die Situation in Deutschland und Oesterreich“. Nachher Diskussion.

Sonntag, d. 12. Oktober: Theater und Kouzert. Zur Aufführung gelangt: „So muss es kommen“. Programm 6d.

Printed and published by R. GUNDERSEN, 96, Wardour Street, Soho Square, London, W.